

[Name des Arbeitgebers].

[Adresse]

[Ort, Postleitzahl].

[Ort], [Datum]

Mittels: [Angabe, ob Einschreiben mit Rückschein oder per elektronischen Einschreiben; Hinweis: Das Schreiben darf nur dann per elektronischem Einschreiben an den Arbeitgeber gesandt werden, wenn der Arbeitnehmer ebenfalls eine elektronische Postadresse, sprich eine pec-Adresse hat; eine gewöhnliche E-Mail an die pec-Adresse des Arbeitgeber ist sinnlos; also: pec an pec oder postalisches Einschreiben mit Rückschein!]

Betrifft: Zahlung der Gehälter für den Zeitraum der Suspendierung wegen nicht erfolgter Covid-19-„Impfung“

Sehr geehrte Damen und Herren,

der/die Unterfertigte [Vor- und Nachname], geboren in [Geburtsstadt] am [Geburtsdatum] und wohnhaft in [Wohnsitzadresse], Steuernummer [...], schickt diese Aufforderung zum Zwecke der rechtswirksamen Inverzugsetzung und damit Unterbrechung der Verjährungsfrist.

Ich wurde vom [Datum des Beginns der Suspendierung] bis [Datum der Beendigung der Suspendierung] aufgrund der rechtswidrigen Bestimmungen über die Suspendierung von Arbeitnehmern ohne sog. Covid-19-Impfung und Covid-Zertifikat von der Arbeit suspendiert, ohne dass mir der Gehalt gezahlt wurde. Diese Suspendierung verletzte meine Grundrechte auf Arbeit und gesundheitliche Selbstbestimmung.

Die Rechtsvorschriften, die eine Pflichtimpfung gegen Covid-19 und die obligatorische Vorlage des so genannten Covid-Zertifikats vorschreiben, sind verfassungswidrig und nicht anwendbar, da sie gegen das Recht der Europäischen Union verstoßen (Artikel 3 der Charta von Nizza und das Übereinkommen von Oviedo) und eine Reihe von

europäischen und nationalen übergeordneten arzneimittelrechtliche Vorschriften verletzen.

Darüber hinaus wurden die sogenannten Covid-19-Impfstoffe in Verletzung der Vorschriften über die Zulassung von Arzneimittel (EG-Richtlinie 2001/83 und die Verordnungen EG 726/2004, EG 507/2006 und EU 536/2014) zugelassen, was zur Rechtswidrigkeit aller Vorschriften führt, welche die Anwendung der betreffenden sog. Impfstoffe zwingend vorschreiben.

In Anbetracht der vorstehenden Ausführungen fordere ich Sie auf, mir den Gehalt im Betrag in Höhe von [Angabe des gesamten nicht erhaltenen Bruttogehalts] für den Zeitraum von [Datum des Beginns der Suspendierung] bis [Datum der Beendigung der Suspendierung]

mit entsprechenden Verzugszinsen auf folgende Bankverbindung zu überweisen und die entsprechenden Sozialabgabenbeiträge abzuführen:

(exakte Angabe der Bankverbindung – IBAN - insbesondere für jene wichtig, die nicht mehr beim damaligen Arbeitgeber arbeiten!)

Ich behalte mir das Recht vor, meine Rechte vor dem zuständigen Gericht geltend zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift

(Name Nachname)